



---

**Sachstand**

---

**Zum Volksgesetzgebungsverfahren in den einzelnen Bundesländern**

---

## **Zum Volksgesetzgebungsverfahren in den einzelnen Bundesländern**

Aktenzeichen: WD 3 - 3000 - 329/18  
Abschluss der Arbeit: 25. September 2018  
Fachbereich: WD 3: Verfassung und Verwaltung

---

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

---

## Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Fragestellung</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Zwei- und dreistufiges Verfahren</b>	<b>4</b>
<b>3.</b>	<b>Erforderliche Quoren</b>	<b>5</b>
3.1.	Bundesländer mit zweistufigem Verfahren	5
3.1.1.	<b>Baden-Württemberg</b>	5
3.1.2.	<b>Bayern</b>	6
3.1.3.	<b>Berlin</b>	6
3.1.4.	<b>Hessen</b>	7
3.1.5.	<b>Niedersachsen</b>	7
3.1.6.	<b>Nordrhein-Westfalen</b>	8
3.1.7.	<b>Saarland</b>	8
3.1.8.	<b>Thüringen</b>	9
3.2.	Bundesländer mit dreistufigem Verfahren	9
3.2.1.	<b>Brandenburg</b>	9
3.2.2.	<b>Bremen</b>	10
3.2.3.	<b>Hamburg</b>	10
3.2.4.	<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	11
3.2.5.	<b>Rheinland-Pfalz</b>	12
3.2.6.	<b>Sachsen</b>	12
3.2.7.	<b>Sachsen-Anhalt</b>	13
3.2.8.	<b>Schleswig-Holstein</b>	13
<b>4.</b>	<b>Unabhängige Volksinitiative</b>	<b>14</b>

## 1. Fragestellung

Der Sachstand gibt einen Überblick über das Volksgesetzgebungsverfahren in den einzelnen Bundesländern. Zunächst wird kurz die Ausgestaltung des Verfahrens als zwei- oder dreistufig erläutert (2.). Anschließend folgt eine Übersicht über die Bundesländer mit den für die einzelnen Verfahrensstadien festgelegten Quoren (3.). Schließlich wird dargestellt, in welchen Bundesländern es den Bürgern möglich ist, unabhängig vom Volksgesetzgebungsverfahren zu erreichen, dass sich der Landtag mit einem Thema befassen muss, und welche Quoren hierfür erforderlich sind (4.).

## 2. Zwei- und dreistufiges Verfahren

In den Bundesländern existieren zwei verschiedene Modelle des Volksgesetzgebungsverfahrens.<sup>1</sup>

Beim **zweistufigen Verfahren** wird das Volksgesetzgebungsverfahren in das Volksbegehren und den Volksentscheid unterteilt. Dem Volksbegehren geht ein einfacher „Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens“ voraus.<sup>2</sup> Die Landesregierung prüft lediglich die Zulässigkeit des Antrags, die davon abhängt, dass eine bestimmte Zahl von Stimmberechtigten den Antrag unterzeichnet. Anschließend wird das eigentliche Volksbegehren durchgeführt, wobei erneut eine bestimmte Anzahl von Stimmberechtigten unterzeichnen muss. Das Volksbegehren ist auf Erlass, Änderung oder Aufhebung eines Gesetzes gerichtet. Bei Erreichen des Quorums des Volksbegehrens muss eine inhaltliche Auseinandersetzung des Landtages mit dem Anliegen erfolgen. Bei Ablehnung der Gesetzesvorlage kommt es zum Volksentscheid. Wird die Gesetzesvorlage hingegen unverändert übernommen, entfällt der Volksentscheid.

Das **dreistufige Verfahren** sieht vor, dass das Volksgesetzgebungsverfahren mit einer Volksinitiative beginnen muss (obligatorische Volksinitiative) bzw. kann (fakultative Volksinitiative). Der Landtag muss sich inhaltlich mit der Volksinitiative befassen. Entspricht der Landtag dem Anliegen der Volksinitiative nicht, kann das Verfahren mit dem Volksbegehren und anschließend mit dem Volksentscheid fortgesetzt werden. In einigen Bundesländern ersetzt die Volksinitiative den Zulassungsantrag für das Volksbegehren, in anderen ist daneben weiterhin ein formeller Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens erforderlich, bei dem teilweise die zuvor im Rahmen der Volksinitiative gesammelten Unterschriften eingerechnet werden.

In Bundesländern mit zweistufigen Verfahren kann eine Volksinitiative zwar ebenfalls existieren, jedoch nicht als Teil des Volksgesetzgebungsverfahrens, sondern als eigenständiges Instrument der Volksbeteiligung.<sup>3</sup>

---

1 Siehe zum Ganzen Meerkamp, Die Quorenfrage im Volksgesetzgebungsverfahren, 2011, S. 64 f. sowie Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Direkte Demokratie in Europa und der Bundesrepublik Deutschland, WD 3 - 3000 - 346/10, S. 11.

2 Weixner, in: Direkte Demokratie in den Bundesländern, 2002, S. 106 f.

3 Siehe dazu 4.

### 3. Erforderliche Quoren

Im Folgenden werden die in den Bundesländern für die einzelnen Verfahrensschritte im Volksgesetzgebungsverfahren erforderlichen Quoren dargestellt. Die Bundesländer werden dabei nach zwei- bzw. dreistufigem Verfahren getrennt aufgeführt.

Bundesländer mit zweistufigem Verfahren sind gemäß den obigen Ausführungen solche, die eine Volksinitiative gar nicht vorsehen<sup>4</sup> und solche, bei denen die Volksinitiative nur als unabhängiges Instrument außerhalb des Volksgesetzgebungsverfahrens existiert<sup>5</sup>. Bundesländer mit dreistufigem Verfahren sind solche, die eine obligatorische<sup>6</sup> oder fakultative<sup>7</sup> Volksinitiative als Teil des Volksgesetzgebungsverfahrens vorsehen.

#### 3.1. Bundesländer mit zweistufigem Verfahren

##### 3.1.1. Baden-Württemberg

- Volksbegehren:
  - Zulassungsantrag: 10.000 Stimmberechtigte (§ 27 Abs. 4 Volksabstimmungsgesetz (VAbstG)<sup>8</sup>)
  - Quorum: 10 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 59 Abs. 3 S. 4 Verfassung des Landes Baden-Württemberg (BWVerf)<sup>9</sup>)
- Volksentscheid (hier „Volksabstimmung“ genannt):
  - einfaches Gesetz: 20 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 60 Abs. 5 BWVerf)
  - Verfassungsänderung: 50 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 64 Abs. 3 S. 3 BWVerf)

---

4 Bayern und Hessen.

5 Baden-Württemberg, Berlin, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, das Saarland und Thüringen.

6 Brandenburg, Hamburg, Sachsen und Schleswig-Holstein.

7 Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt.

8 Gesetz über Volksabstimmung, Volksbegehren und Volksantrag in der Fassung vom 20. Juni 2016 (GBl. S. 445), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. Februar 2017 (GBl. S. 99, 100).

9 Verfassung des Landes Baden-Württemberg vom 11. November 1953 (GBl. S. 173), zuletzt geändert durch Gesetz vom 1. Dezember 2015 (GBl. S. 1032)

### 3.1.2. Bayern

- Volksbegehren:
  - Zulassungsantrag: 25.000 Stimmberechtigte (Art. 63 Abs. 1 S. 2 Landeswahlgesetz Bayern (LWG)<sup>10</sup>)
  - Quorum: 10 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 74 Abs. 1 Verfassung des Freistaates Bayern (BayVerf)<sup>11</sup>)
- Volksentscheid:
  - einfaches Gesetz: kein Quorum (Art. 79 Abs. 1 Nr. 1 LWG)
  - Verfassungsänderung: 25 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 79 Abs. 1 Nr. 2 LWG)

### 3.1.3. Berlin

- Volksbegehren:
  - Zulassungsantrag:
    - einfaches Gesetz: 20.000 Stimmberechtigte (Art. 73 Abs. 1 S. 1 Verfassung von Berlin (BlnVerf)<sup>12</sup>)
    - Verfassungsänderung: 50.000 Stimmberechtigte (§ 15 Abs. 1 S. 2 Abstimmungsgesetz (AbstG)<sup>13</sup>)
  - Quorum:
    - einfaches Gesetz: 7 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 63 Abs. 1 S. 2 BlnVerf)
    - Verfassungsänderung: 20 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 63 Abs. 2 S. 2 BlnVerf)

---

10 Landeswahlgesetz (LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBl. S. 277, 278, 620, BayRS 111-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Juli 2017 (GVBl. S. 362).

11 Verfassung des Freistaates Bayern in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 1998 (GVBl. S. 991, 992, BayRS 100-1-I), zuletzt geändert durch Gesetze vom 11. November 2013 (GVBl. S. 638, 639, 640, 641, 642).

12 Verfassung von Berlin vom 1. September 1950 (VOBl. S. 433) in der Neufassung vom 23. November 1995 (GVBl. S. 779), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. März 2016 (GVBl. S. 114).

13 Gesetz über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid vom 11. Juni 1997 (GVBl. S. 304), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. Februar 2018 (GVBl. S. 160).

- 
- Volksentscheid:
    - einfaches Gesetz: 25 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 63 Abs. 1 S. 3 BlnVerf)
    - Verfassungsänderung: 50 Prozent der Stimmberechtigten, zwei Drittel der Abstimmenden (Art. 63 Abs. 2 S. 3 BlnVerf)

#### 3.1.4. Hessen

- Volksbegehren:
  - Zulassungsantrag: 2 Prozent der Stimmberechtigten (§ 2 Abs. 1 Nr. 2 Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid Hessen (VAG)<sup>14</sup>)
  - Quorum: 20 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 124 Abs. 1 S. 1 Hessische Verfassung (HessVerf)<sup>15</sup>)
- Volksentscheid:
  - einfaches Gesetz: kein Quorum (Art. 124 Abs. 3 S. 2 HessVerf)
  - Verfassungsänderung: kein Quorum (Art. 123 Abs. 2 HessVerf)

#### 3.1.5. Niedersachsen

- Volksbegehren:
  - Zulassungsantrag: 25.000 Stimmberechtigte (§ 19 Abs. 1 S. 1 Niedersächsisches Gesetz über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (NVAbstG)<sup>16</sup>)
  - Quorum: 10 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 48 Abs. 3 S. 1 Niedersächsische Verfassung (NdsVerf)<sup>17</sup>)

---

14 Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid vom 16. Mai 1950 (GVBl. S. 103), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622).

15 Verfassung des Landes Hessen vom 1. Dezember 1946 (GVBl. S. 229), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Oktober 2002 (GVBl. S. 626).

16 Niedersächsisches Gesetz über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid vom 23. Juni 1994 (GVBl. S. 270), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. September 2015 (Nds. GVBl. S. 186).

17 Niedersächsische Verfassung vom 19. Mai 1993 (GVBl. S. 107), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2011 (GVBl. S. 210).

- 
- Volksentscheid:
    - einfaches Gesetz: 25 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 49 Abs. 2 S. 1 NdsVerf)
    - Verfassungsänderung: 50 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 49 Abs. 2 S. 2 NdsVerf)

### 3.1.6. Nordrhein-Westfalen

- Volksbegehren
  - Zulassungsantrag: 3.000 Stimmberechtigte (§ 7 Abs. 1 S. 2 Gesetz über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (VIVBVEG)<sup>18</sup>)
  - Quorum: 8 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 68 Abs. 1 S. 7 Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (VerfNRW)<sup>19</sup>)
- Volksentscheid:
  - einfaches Gesetz: 15 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 68 Abs. 3 S. 2 VerfNRW)
  - Verfassungsänderung: 50 Prozent der Stimmberechtigten, zwei Drittel der Abstimmenden (Art. 69 Abs. 3 S. 1 VerfNRW)

### 3.1.7. Saarland

- Volksbegehren:
  - Zulassungsantrag: 5.000 Stimmberechtigte (Art. 99 Abs. 2 S. 2 Verfassung des Saarlandes (SaarlVerf)<sup>20</sup>)
  - Quorum: 7 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 99 Abs. 2 S. 3 SaarlVerf)
- Volksentscheid:
  - einfaches Gesetz: 25 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 100 Abs. 3 SaarlVerf)

---

18 Gesetz über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 2004 (GV. S. 408), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. April 2017 (GV. S. 407).

19 Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 28. Juni 1950 (GV. S. 127), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Oktober 2016 (GV. S. 860).

20 Verfassung des Saarlandes vom 15. Dezember 1947 (ABl. S. 1077), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juni 2011 (ABl. S. 236).



- 
- Verfassungsänderung: 50 Prozent der Stimmberechtigten, zwei Drittel der Abstimmenden (Art. 101 Abs. 1 S. 3 SaarlVerf)

### **3.1.8. Thüringen**

- Volksbegehren:
  - Zulassungsantrag: 5.000 Stimmberechtigte (Art. 82 Abs. 3 S. 1 Verfassung des Freistaats Thüringen (ThürVerf)<sup>21</sup>)
  - Quorum: 8 Prozent der Stimmberechtigten durch Eintragung in amtlich ausgelegte Unterschriftsbögen oder 10 Prozent der Stimmberechtigten in freier Sammlung (Art. 82 Abs. 5 S. 2 ThürVerf)
- Volksentscheid:
  - einfaches Gesetz: 25 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 82 Abs. 7 S. 3 ThürVerf)
  - Verfassungsänderung: 40 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 83 Abs. 2 S. 2 ThürVerf)

## **3.2. Bundesländer mit dreistufigem Verfahren**

### **3.2.1. Brandenburg**

- Volksinitiative (obligatorisch): 20.000 Einwohner (Art. 76 Abs. 1 S. 3 Verfassung des Landes Brandenburg (BbgVerf)<sup>22</sup>)
- Volksbegehren:
  - Zulassungsantrag: entfällt
  - Quorum: 80.000 Stimmberechtigte (Art. 77 Abs. 3 S. 1 BbgVerf)
- Volksentscheid:
  - einfaches Gesetz: 25 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 78 Abs. 2 BbgVerf)
  - Verfassungsänderung: 50 Prozent der Stimmberechtigten, zwei Drittel der Abstimmenden (Art. 78 Abs. 3 S. 1 BbgVerf)

---

21 Verfassung des Freistaats Thüringen vom 25. Oktober 1993 (GVBl. S. 625), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2004 (GVBl. S. 745).

22 Verfassung des Landes Brandenburg vom 20. August 1992 (GVBl. S. 298), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. Juli 2009 (GVBl. S. 191).

### 3.2.2. Bremen

- Volksinitiative (fakultativ, hier „Bürgerantrag“ genannt): 5.000 Stimmberechtigte, mindestens 16 Jahre alt (Art. 87 Abs. 2 S. 1 Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen (BremVerf)<sup>23</sup>)
- Volksbegehren:
  - Zulassungsantrag: 5.000 Stimmberechtigte (§ 10 Abs. 2 S. 1 Gesetz über das Verfahren beim Volksentscheid (VEG)<sup>24</sup>)
  - Quorum:
    - einfaches Gesetz: 5 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 70 Abs. 1d S. 1 BremVerf)
    - Verfassungsänderung: 10 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 70 Abs. 1d S. 1 BremVerf)
- Volksentscheid:
  - einfaches Gesetz: 20 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 72 Abs. 1 BremVerf)
  - Verfassungsänderung: 40 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 72 Abs. 2 BremVerf)

### 3.2.3. Hamburg

- Volksinitiative (obligatorisch): 10.000 Stimmberechtigte (Art. 50 Abs. 1 S. 3 Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg (HmbVerf)<sup>25</sup>)
- Volksbegehren:
  - Zulassungsantrag: entfällt
  - Quorum: 5 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 50 Abs. 2 S. 8 HmbVerf)

---

23 Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vom 21. Oktober 1947 (GBl. S. 251), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. August 2010 (GBl. S. 457).

24 Gesetz über das Verfahren beim Volksentscheid vom 27. Februar 1996 (GBl. 1996, 41; 1997, 323), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 2018 (GBl. S. 411).

25 Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg vom 15. Mai 1946 (GVBl. S. 51), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Juli 2009 (GVBl. S. 221).

- 
- Volksentscheid:
    - einfaches Gesetz:
      - Volksentscheid am Tag der Wahl zur Bürgerschaft oder zum Deutschen Bundestag: mindestens die Zahl von Stimmen, die der Mehrheit der in dem gleichzeitig gewählten Parlament repräsentierten Hamburger Stimmen entspricht (Art. 50 Abs. 3 S. 10 HmbVerf)
      - Volksentscheid an einem anderen Tag: 20 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 50 Abs. 3 S. 13 HmbVerf)
    - Verfassungsänderung:
      - Zwei Drittel der Abstimmenden, zwei Drittel der in dem gleichzeitig gewählten Parlament repräsentierten Hamburger Stimmen (Art. 50 Abs. 3 S. 11 HmbVerf)

#### **3.2.4. Mecklenburg-Vorpommern**

- Volksinitiative (fakultativ): 15.000 Stimmberechtigte (Art. 59 Abs. 2 Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Verf M-V)<sup>26</sup>)
- Volksbegehren:
  - Zulassungsantrag: entfällt
  - Quorum: 100.000 Stimmberechtigte (Art. 60 Abs. 1 S. 3 Verf M-V)
- Volksentscheid:
  - einfaches Gesetz: 25 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 60 Abs. 4 S. 1 Verf M-V)
  - Verfassungsänderung: 50 Prozent der Stimmberechtigten, zwei Drittel der Abstimmenden (Art. 60 Abs. 4 S. 2 Verf M-V)

---

<sup>26</sup> Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. Mai 1993 (GVOBl. S. 372), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2011 (GVOBl. S. 375).

### 3.2.5. Rheinland-Pfalz

- Volksinitiative (fakultativ): 30.000 Stimmberechtigte (Art. 108 a Abs. 2 S. 1 Verfassung für Rheinland-Pfalz (RhPfVerf)<sup>27</sup>)
- Volksbegehren:
  - Zulassungsantrag: 20.000 Stimmberechtigte (§ 63 Abs. 2 Nr. 3 Landeswahlgesetz (LWahlG)<sup>28</sup>)
  - Quorum: 300.000 Stimmberechtigte (Art. 109 Abs. 3 S. 1 RhPfVerf)
- Volksentscheid:
  - einfaches Gesetz: 25 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 109 Abs. 4 S. 3 RhPfVerf)
  - Verfassungsänderung: 50 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 129 Abs. 1 RhPfVerf)

### 3.2.6. Sachsen

- Volksinitiative (obligatorisch, hier „Volksantrag“ genannt): 40.000 Stimmberechtigte (Art. 71 Abs. 1 S. 2 Verfassung des Freistaates Sachsen (SächsVerf)<sup>29</sup>)
- Volksbegehren:
  - Zulassungsantrag: entfällt
  - Quorum: 450.000 Stimmberechtigte oder 15 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 72 Abs. 2 S. 1 SächsVerf)
- Volksentscheid:
  - einfaches Gesetz: kein Quorum (Art. 72 Abs. 4 S. 2 SächsVerf)
  - Verfassungsänderung: 50 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 74 Abs. 3 S. 3 SächsVerf)

---

27 Verfassung für Rheinland-Pfalz vom 18. Mai 1947 (VOBl. S. 209), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Mai 2015 (GVBl. S. 35).

28 Landeswahlgesetz in der Fassung vom 24. November 2004 (GVBl. S. 520), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2015 (GVBl. S. 479).

29 Verfassung des Freistaates Sachsen vom 27. Mai 1992 (GVBl. S. 243), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juli 2013 (GVBl. S. 502).

### 3.2.7. Sachsen-Anhalt

- Volksinitiative (fakultativ): 30.000 Stimmberechtigte (Art. 80 Abs. 2 S. 1 Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt (LSAVerf)<sup>30)</sup>
- Volksbegehren:
  - Zulassungsantrag: 6.000 Stimmberechtigte (§ 10 Abs. 2 Nr. 2 Gesetz über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid (VAbstG)<sup>31)</sup>, kann ersetzt werden durch vorangegangene Volksinitiative (§ 10 Abs. 5 VAbstG)
  - Quorum: 9 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 81 Abs. 1 S. 4 LSAVerf)
- Volksentscheid:
  - einfaches Gesetz, nur ein Gesetzentwurf: 25 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 81 Abs. 3 S. 2 LSA Verf)
  - einfaches Gesetz, zusätzlicher Alternativentwurf: kein Quorum (Art. 81 Abs. 4 S. 2 LSA Verf)
  - Verfassungsänderung: 50 Prozent der Stimmberechtigten, zwei Drittel der Abstimmenden (Art. 81 Abs. 5 LSAVerf)

### 3.2.8. Schleswig-Holstein

- Volksinitiative (obligatorisch): 20.000 Stimmberechtigte (Art. 48 Abs. 1 S. 3 Verfassung des Landes Schleswig-Holstein (Verf S-H)<sup>32)</sup>
- Volksbegehren:
  - Zulassungsantrag: entfällt
  - Quorum: 80.000 Stimmberechtigte (Art. 49 Abs. 1 S. 5 Verf S-H)

---

30 Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt vom 16. Juli 1992 (GVBl. S. 600), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Januar 2005 (GVBl. S. 44).

31 Gesetz über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Oktober 2005 (GVBl. S. 657), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Dezember 2014 (GVBl. S. 494, 498).

32 Verfassung des Landes Schleswig-Holstein vom 13. Dezember 1949 (GVOBl. 1950 S. 3), in der Fassung vom 2. Dezember 2014 (GVOBl. 344), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2016 (GVOBl. S. 1008).

- Volksentscheid:
  - einfaches Gesetz: 15 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 49 Abs. 4 S. 1 Verf S-H)
  - Verfassungsänderung: 50 Prozent der Stimmberechtigten, zwei Drittel der Abstimmenden (Art. 49 Abs. 4 S. 2 Verf S-H)

#### 4. Unabhängige Volksinitiative

In den meisten Bundesländern besteht die Möglichkeit, unabhängig vom Volksgesetzgebungsverfahren durch eine Unterschriftensammlung zu erreichen, dass sich der Landtag mit einem bestimmten Thema befassen muss. Dieses Verfahren wird meistens – wie die erste Stufe im dreistufigen Volksgesetzgebungsverfahren – als Volksinitiative bezeichnet, während in manchen Bundesländern abweichende Bezeichnungen existieren. In Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt kann die unabhängige Volksinitiative auch in das Volksgesetzgebungsverfahren übergehen.<sup>33</sup>

Die unabhängigen Volksinitiativen sehen die folgenden Quoren vor:

- Baden-Württemberg („Volksantrag“): 0,5 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 59 Abs. 2 S. 2 BWVerf)
- Berlin („Volksinitiative“): 20.000 Stimmberechtigte (Art. 61 Abs. 1 S. 2 BlnVerf)
- Bremen („Bürgerantrag“): 5.000 Stimmberechtigte, mindestens 16 Jahre alt (Art. 87 Abs. 2 S. 1 BremVerf)
- Hamburg („Volkspetition“): 10.000 Einwohner (Art. 29 S. 1 HmbVerf)
- Niedersachsen („Volksinitiative“): 70.000 Stimmberechtigte (Art. 47 S. 1 NdsVerf)
- Mecklenburg-Vorpommern („Volksinitiative“): 15.000 Stimmberechtigte (Art. 59 Verf M-V)
- Nordrhein-Westfalen („Volksinitiative“): 0,5 Prozent der Stimmberechtigten (Art. 67 Abs. 2 S. 1 VerfNRW)
- Rheinland-Pfalz („Volksinitiative“): 30.000 Stimmberechtigte (Art. 108a Abs. 2 S. 1 RhPfVerf)
- Saarland („Volksinitiative“): 5.000 Einwohner, mindestens 16 Jahre alt (Art. 98a SaarlVerf)
- Sachsen-Anhalt („Volksinitiative“): 30.000 Stimmberechtigte (Art. 80 Abs. 2 LSAVerf)
- Thüringen („Bürgerantrag“): 50.000 Stimmberechtigte (Art. 68 Abs. 3 ThürVerf)

\*\*\*

---

33 Vgl. die Tabelle bei Meerkamp, Die Quorenfrage im Volksgesetzgebungsverfahren, 2011, S. 63.